

10.07.2017

Bundesländer-Ranking: Wirtschaftsfaktor Senioren Haushaltseinkommen: Jeder fünfte Euro stammt aus der Rentenkasse

Der Anteil der Rentner an der Bevölkerung steigt. Daher besteht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zu einem erheblichen Teil aus Altersbezügen. Regional gibt es aber große Unterschiede. In Ostdeutschland stammt gar jeder vierte Euro aus der Rentenkasse – Spitzenreiter ist Sachsen-Anhalt. Den niedrigsten Wert hat Hamburg.

Angesichts der demografischen Entwicklung werden Senioren ein immer wichtigerer Faktor für die Wirtschaft. Vom verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von knapp 1,76 Billionen Euro entfallen inzwischen rund 330 Milliarden Euro oder 18,7 Prozent auf gesetzliche Alters- und Hinterbliebenenrenten sowie Pensionen. Das zeigt eine aktuelle Auswertung der Initiative „7 Jahre länger“ auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder für 2015.

Den höchsten Wert im Bundesländer-Vergleich weist Sachsen-Anhalt auf. Das Haushaltsnettoeinkommen besteht dort bereits zu 26,6 Prozent aus Renten und Pensionen. Auch in den übrigen ostdeutschen Ländern ist der Anteil überdurchschnittlich hoch – und damit der Einfluss der Älteren auf die regionale Nachfrage nach Dienstleistungen und Produkten. Fast jeder vierte frei verfügbare Euro (24,3 Prozent) in Ostdeutschland – inklusive Berlin – stammt aus dem Topf der gesetzlichen Rente.

Starkes Ost-West-Gefälle

Anders das Bild in den alten Bundesländern: Dort machen Altersbezüge im Schnitt 17,6 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens aus. Am niedrigsten ist der Anteil in Hamburg mit 15,1 Prozent, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg. Das Saarland weist mit 21,9 Prozent den höchsten Wert in den alten Bundesländern auf.

Das verfügbare Einkommen ist der Betrag, der den privaten Haushalten zum Konsumieren und Sparen verbleibt. Es umfasst die Bruttolöhne, Gehälter, Unternehmergewinne, Kapital- und Mieteinkünfte sowie sämtliche Sozialtransfers wie Renten, Pensionen, Arbeitslosen- oder Krankengeld. Davon abgezogen werden die Steuern und Sozialabgaben.

Osten: Hohe Renten und viele Alte, aber zugleich niedrigere Löhne

Dass im Osten ein größerer Teil der Einkommen auf die Altersbezüge entfällt, hat viele Gründe: Zum einen haben die Menschen dort höhere Rentenansprüche als im Westen – insbesondere die Frauen. Während sie im Osten 2015 durchschnittlich 835 Euro Rente erhielten, waren es im Westen aufgrund geringerer Erwerbszeiten nur knapp 600 Euro.

Initiative „7 Jahre länger“
Ansprechpartner
Dennis Schmidt-Bordemann
Tel.: 030 / 2020-5943
d.schmidt-bordemann@gdv.de

**Gesamtverband der Deutschen
Versicherungswirtschaft e. V.**

Wilhelmstraße 43 / 43 G, 10117 Berlin
Postfach 08 02 64, 10002 Berlin

www.7jahrelaenger.de

Umgekehrt verdienen die Ostdeutschen weniger und haben geringere Miet- oder Kapitaleinkünfte, so dass die Renten stärker ins Gewicht fallen.

Das Gefälle zeigt aber vor allem, wie unterschiedlich weit die Alterung fortgeschritten ist. In Sachsen-Anhalt und Sachsen war Ende 2015 beispielsweise jeweils ein Viertel der Einwohner 65 Jahre oder älter. In den Boom-Regionen Baden-Württemberg oder Bayern, die viele jüngere Menschen anlocken, waren es erst rund 20 Prozent. Und wo relativ viele Senioren leben, fallen eben auch die Renten stärker ins Gewicht.

Altersbezüge und Einkommen der Haushalte 2015 nach Bundesländern*			
Bundesland	Alters- und Hinterbliebenenversorgung der privaten Haushalte	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Anteil der Alters- und Hinterbliebenenversorgung
Sachsen-Anhalt	10,8 Mrd. €	40,7 Mrd. €	26,6%
Mecklenburg-Vorpommern	7,3 Mrd. €	28,4 Mrd. €	25,8%
Sachsen	19,4 Mrd. €	76,1 Mrd. €	25,5%
Thüringen	10,1 Mrd. €	39,8 Mrd. €	25,3%
Brandenburg	11,4 Mrd. €	46,7 Mrd. €	24,4%
Saarland	4,4 Mrd. €	20,1 Mrd. €	21,9%
Berlin	13,6 Mrd. €	66,7 Mrd. €	20,3%
Schleswig-Holstein	12,6 Mrd. €	62,5 Mrd. €	20,1%
Niedersachsen	32,4 Mrd. €	164,0 Mrd. €	19,8%
Bremen	2,7 Mrd. €	13,8 Mrd. €	19,4%
Nordrhein-Westfalen	70,3 Mrd. €	378,8 Mrd. €	18,5%
Rheinland-Pfalz	16,0 Mrd. €	89,9 Mrd. €	17,8%
Hessen	24,3 Mrd. €	136,9 Mrd. €	17,8%
Baden-Württemberg	40,9 Mrd. €	254,2 Mrd. €	16,1%
Bayern	48,0 Mrd. €	302,1 Mrd. €	15,9%
Hamburg	6,4 Mrd. €	42,4 Mrd. €	15,1%
Deutschland	330,5 Mrd. €	1.763,1 Mrd. €	18,7%
neue Bundesländer inkl. Berlin	72,5 Mrd. €	298,5 Mrd. €	24,3%
alte Bundesländer	258,0 Mrd. €	1.464,6 Mrd. €	17,6%
<i>*absteigend sortiert nach dem Anteil der gesetzlichen Renten und Pensionen am verfügbaren Einkommen</i>			
<i>Quelle: 7Jahrelänger, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; 2015</i>			

Wirtschaftlicher Einfluss der Senioren steigt weiter

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Bedeutung der Älteren noch höher, als es der Anteil der gesetzlichen Renten und Pensionen am verfügbaren Haushaltseinkommen ausdrückt. Denn viele Senioren haben weitere Einkünfte. Allein die Leistungen aus privaten Sicherungssystemen – etwa Betriebsrenten, Pensionskassen oder Versorgungswerken – beliefen sich 2015 auf knapp 60 Mrd. Euro. Sie lassen sich jedoch regional nicht aufschlüsseln und blieben im Bundesländer-Vergleich unberücksichtigt.

Und die ökonomische Macht der Senioren wächst weiter. Weil zu wenige Kinder geboren werden und die Deutschen immer länger leben, steigt der Anteil der Älteren an der Bevölkerung unvermindert an. Nach der jüngsten Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes werden 2060 rund 23,7 Millionen Bundesbürger – und damit fast ein Drittel der Bevölkerung (30,9 Prozent) – mindestens 65 Jahre alt sein. 2015 gehörten erst 17,3 Millionen Einwohner oder 21,1 Prozent dieser Altersgruppe an.

Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung 2015 nach Bundesländern*	
Sachsen-Anhalt	25,1 %
Sachsen	25,1 %
Thüringen	24,2 %
Brandenburg	23,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	23,0 %
Saarland	22,9 %
Schleswig-Holstein	22,6 %
Niedersachsen	21,4 %
Bremen	21,2 %
Deutschland	21,1 %
Rheinland-Pfalz	21,0 %
Nordrhein-Westfalen	20,6 %
Hessen	20,3 %
Bayern	20,0 %
Baden-Württemberg	19,8 %
Berlin	19,3 %
Hamburg	18,7 %
<i>* absteigend sortiert nach dem Anteil der ab 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung</i>	
<i>Quelle: Destatis</i>	

Über uns

„7 Jahre länger“ ist eine Initiative der Deutschen Versicherer (www.gdv.de). Sie soll das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Menschen immer älter werden und länger fit bleiben. Denn die meisten Deutschen unterschätzen laut Studien ihre Lebenserwartung – und haben oft ein falsches, sehr negatives Bild vom Alter. Die Initiative will darum einen gesellschaftlichen Dialog darüber führen, wie wir das Beste aus den gewonnenen Jahren machen können. www.7jahrelaenger.de www.facebook.de/7jahrelaenger.de